

Sehr geehrter Herr Maier,

hier meine Stellungnahme zu den bundespolitischen Forderungen des ADFC. Ich beschränke mich auf kurze Antworten und will nicht um den heißen Brei herumschreiben.

• Dem Umweltverbund (Rad- und Fußverkehr und öffentlicher Verkehr) Vorrang vor dem Autoverkehr zu geben;

Grundsätzlich ja, wobei den Kommunen die Freiheit gelassen werden soll, jeden Einzelfall unabhängig zu beurteilen.

• Die Bundesmittel für die Förderung des Radverkehrs im System, insbesondere für den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur auf mindestens 800 Mio. Euro pro Jahr anzuheben;

Die SPD hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode durchgesetzt, dass die Mittel für den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur erhöht wurden und wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen. Angesichts der Wünsche vieler Verbände und auf Grund der Tatsache, dass immer auch anhand der Haushaltslage entschieden werden muss, wäre es allerdings unseriös, exakt 800 Mio. Euro zu fordern.

• Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften einzuführen;

Ich setze mich dafür ein, dass die von der SPD durchgesetzten Möglichkeiten, vor Kindergärten, Schulen, Altenheimen, etc. eine Reduzierung von Tempo 50 auf 30 Kilometer pro Stunde auch von den Kommunen umgesetzt werden.

• Verbindliche Qualitätsvorgaben für den Bau von Radwegen in Bundesverantwortung zu machen,

Zustimmung

• In urbanen Ballungsräumen Radschnellwegen den Vorrang vor dem Autobahnausbau zu geben;

Grundsätzlich ja, wobei den Kommunen die Freiheit gelassen werden soll, jeden Einzelfall unabhängig zu beurteilen.

• Den Kommunen über die Fortführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) und eine Nachfolgeregelung des Entflechtungsgesetzes zweckgebundene finanzielle Mittel zum Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen;

Zustimmung

• Die Verkehrssicherheitsarbeit verbindlich an der Vision Zero – Null Tote im Straßenverkehr – auszurichten und als oberste Prämisse in die StVO aufzunehmen.

Zustimmung

• Die Position eines / einer Radverkehrsbeauftragten auf Ebene der Bundesregierung zur ressort-übergreifenden Steuerung aller Radverkehrsthemen zu schaffen.

Zustimmung

Christian Winklmeier, SPD

Gilching